



Protokoll der 6. Sitzung des Einwohnerrates

vom 26. Januar 2005, 17.00 Uhr, im Stadtsaal/Rathaus

Anwesend: 33 Mitglieder

Entschuldigt: Peter Furrer, Ernst Gebhard, Doris Greiner, Franz Kaufmann, Luzia Kilchmann, Adrian Mächler, Claudio Wyss

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl in das Ratsbüro und die Geschäftsprüfungskommission <i>://: Gewählt gemäss Vorlage.</i>	2005/29
2. Jahresprogramm 2005 <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i>	2005/28
3. Bericht des Stadtrates betreffend Alternative Betreuungs- und Pflegeformen für Betagte in Liestal; bedarfsorientierte Umsetzung in Etappen <i>://: Zur Kenntnis genommen.</i>	2004/19
4. Schulhaus Gestadeck – Sanierungskredit <i>://: An die BPK überwiesen.</i>	2005/27
5. Berichte des Stadtrates und der BPK zur Vorlage 2004/4 Ortsplanung – Zonenvorschriften Landschaft: Überarbeitung / Mutation <i>://: Anträgen der BPK zugestimmt.</i>	2004/4a
6. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Marie-Theres Beeler und Elisabeth Augstburger vom 23. Juni 2004 für sichere Schulwege in Liestal <i>://: Postulat als erledigt abgeschrieben.</i>	04/177a
7. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Nutzung der Sporthalle Kaserne Liestal <i>Zurückgezogen.</i>	2004/13
8. Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Projekte für mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal <i>Erledigt.</i>	2004/14
9. Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss Liestal an die Umfahrungsstrasse H2 <i>Erledigt.</i>	2004/15
10. Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abwasserreglement <i>Erledigt.</i>	2004/16

- | | | |
|-----|---|---------|
| 11. | Interpellation von Paul Finkbeiner und Elisabeth Weber namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Allmendgebühren
<i>Erledigt.</i> | 2004/17 |
| 12. | Motion des Einwohnerratsbüros betreffend Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements
<i>://: An den Stadtrat überwiesen.</i> | 2004/23 |
| 13. | Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion betreffend Abbau der zivilen Einrichtung in Liestal
<i>Erledigt.</i> | 2004/24 |
| 14. | Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion betreffend Qualitätserhaltung in der Logopädie
<i>://: Nicht an den Stadtrat überwiesen.</i> | 2004/25 |
| 15. | Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abfallentsorgung durch Dritte
<i>Erledigt.</i> | 2004/26 |
| 16. | Fragestunde | - |

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) begrüsst die Anwesenden zur ordentlichen Januar-Einwohnerratssitzung.

Mitteilungen des Ratspräsidenten

- Der Ratspräsident heisst Elisabeth Spiess und Hans Rudolf Schafroth willkommen, die als Nachrückende von Lukas Flüeler und Elisabeth Weber zum ersten Mal an einer Einwohnerratssitzung teilnehmen.
- Wer einen kleinen Beitrag zur Linderung der Not im Erdbebengebiet in Asien leisten möchte, kann dies tun, indem er auf sein heutiges Sitzungsgeld verzichtet. Es wird der Glückskette überwiesen. Einwohnerratsmitglieder, die ihr Sitzungsgeld spenden wollen, geben am Schluss der Sitzung ihre Stimmkarte mit ihrem Namen der Ratssekretärin ab.
- An der heutigen Sitzung ist keine Tonbandaufnahme möglich, da im Stadtsaal keine entsprechenden Installationen vorhanden sind.

Mitteilungen des Stadtrates

- Stadtrat Peter Rohrbach informiert zum Finanzplan 2005-2008, dass dieser auf gutem Wege sei.
- Stadträtin Marion Schafroth sagt, dass die Schützen aus Basel die Schiessanlage auf der Sichertern mitbenützen könnten. Die Stadt Liestal habe ein entsprechendes Verhandlungsangebot in Basel deponiert. Zusätzliche Benützer würden den Betrieb der Liestaler Schiessanlage wirtschaftlicher machen, was helfen würde, das Weiterbestehen der Anlage zu sichern. Die Einkaufssumme würde für die Basler Schützen rund CHF 700'000.- betragen. Die Höhe des jährlichen Betriebsbeitrages müsse noch ausgehandelt werden. Eventuell liesse sich ein gemeinsamer Schützenverein bilden. Die Antwort aus Basel käme frühestens Ende Februar.
- Stadträtin Marion Schafroth teilt ausserdem mit, dass die Skateboard-Anlage beim Stadion Gitterli Ende 2004 abgerissen worden sei. Nächste Woche werde ein Brief abgeschickt, mit dem Sponsoren für eine neue Anlage gesucht würden. Ausserdem werde es eine Einladung zu einem Runden Tisch für Interessierte geben.

Als **Stimmzähler/-innen** für die heutige Sitzung werden bestimmt:

- | | |
|-----------------------|--------------------------------|
| - Susanne Greiner | (Seite FDP) |
| - Margrit Siegrist | (Seite SP, Grüne, Fraumättler) |
| - Marie-Theres Beeler | (Mitte, Büro) |

Traktandenliste

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) erinnert daran, dass es gemäss Traktandenliste 16 Geschäfte zu erledigen gebe. Er weist darauf hin, dass der Einwohnerrat an der heutigen Sitzung mindestens bis zum Traktandum 10 kommen müsse. Ansonsten werde es im Februar eine Einschaltssitzung geben.

Neue persönliche Vorstösse

- Interpellation von Orla Oeri-Devereux namens der SP-Fraktion betreffend den Engelsaal (Nr. 2005/30);
- Interpellation von Ernst Burkhardt namens der SP-Fraktion betreffend „Liestal und der neue Fahrplan“ (Nr. 2005/31);
- Interpellation von Hanspeter Stoll-Nardin namens der SP-Fraktion betreffend Internationales Jahr des Sports (Nr. 2005/32);
- Interpellation von Corinne Ruesch Schweizer und Erika Eichenberger namens der Grünen Fraktion betreffend Jugendkommission (Nr. 2005/33).

Protokoll der Einwohnerratssitzung vom 15. Dezember 2004

://: Das Protokoll wird mit folgender Änderung genehmigt: *Traktandum 2 / Voranschlag 2005 (Seite 93, 3. Absatz)*: Claudio Wyss (nicht Pascal Wyss) sagt, er spreche für eine Minderheit der Fraktion...

37 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**1. Ersatzwahl in das Ratsbüro, die Finanzkommission und die
Geschäftsprüfungskommission (Nr. 2005/29)**

Aufgrund von Rücktritten aus dem Einwohnerrat lautet der Antrag der Fraktionen, folgende Umbesetzungen vorzunehmen:

a) Ratsbüro

Ordentliches Mitglied:

Augstburger Elisabeth (SVP/CVP/EVP); anstelle von Elisabeth Weber

Ersatzmitglied:

Hans-Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP); anstelle von Augstburger Elisabeth

b) Geschäftsprüfungskommission

Ordentliches Mitglied:

Hans-Rudolf Schafroth (SVP/CVP/EVP); anstelle von Elisabeth Weber

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) teilt mit, ein Vorschlag für die Ersatzwahl in die Finanzkommission liege noch nicht vor.

://: Der Antrag wird einstimmig genehmigt.

38 G.2.2.4. Behörden: Gemeinderat
2. Jahresprogramm 2005 (Nr. 2005/28)

Der Stadtrat schreibt in seinen Vorbemerkungen zum Jahresprogramm:

Das Jahresprogramm beschreibt in kurzer Form die Aufgaben und Tätigkeiten im kommenden Jahr. Es ist auf den Voranschlag abgestimmt. Der Stadtrat ist zur Zeit damit beschäftigt, seine Legislaturziele für die Jahre 2005 - 2008 zu definieren und darin neben den strategischen Oberzielen Planungen in den einzelnen Aufgabenbereichen festzulegen. Die nächstjährigen Aktivitäten sind im vorliegenden (dem ersten) Jahresprogramm der laufenden Legislaturperiode erwähnt und bilden gleichzeitig die Grundlage für den Amtsbericht 2005.

Das Jahresprogramm steht als Planungsinstrument in einer doppelten Abhängigkeit: Im Rahmen der integrierten Aufgaben- und Finanzplanung ist es mit dem Voranschlag verbunden und gemäss Reglement auf diesen abzustimmen. Als Bestandteil der Legislaturplanung ist es logisch mit den Legislaturzielen verknüpft und muss mit dieser deckungsgleich sein.

Diese Abhängigkeiten führen dazu, dass grundsätzlich zunächst die Legislaturziele sowie der Finanzplan zu entwickeln sind und darauf basierend das Jahresprogramm und der Voranschlag. Der Stadtrat hat am Anfang der Mitte 2004 begonnenen neuen Legislaturperiode 2005 – 2008 insbesondere darauf Wert gelegt, Finanzplanung und Legislaturziele in vorausschauender Weise zu definieren. Der Voranschlag ist dem Einwohnerrat zwangsläufig vor Beginn des Rechnungsjahres zu unterbreiten, damit die Ausgabenkompetenz im Rechnungsjahr gegeben ist. Mit dem Budgetprozess hat der Stadtrat auch die Voraussetzungen erarbeitet, um die Finanzplanung anzugehen. Dadurch musste die Soll-Reihenfolge in der Vorlage der Planungsinstrumente mit der vorgezogenen Vorlage des Voranschlages durchbrochen werden. Die vorliegende Jahresplanung ist auf den beschlossenen Voranschlag 2005 und auf die im Gang befindliche Legislaturzielplanung 2005 – 2008 abgestimmt.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Stadtrat beantragt dem Einwohnerrat die Kenntnisnahme.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) meint, das Jahresprogramm enthalte zu viele Fremdwörter.

Stadtpräsidentin Regula Gysin informiert, das Jahresprogramm sei auf das Budget abgestimmt. Es bilde einen Bestandteil der künftigen Legislaturziele, an denen gearbeitet werde. Die Form des Jahresprogramms sei so, wie die GPK es angeregt habe, nämlich abgestimmt auf den Amtsbericht, so dass man Quervergleiche ziehen könne.

Bernhard Fröhlich (FDP) sagt, der ehemalige Stadtpräsident habe mit seiner Aussage, das Jahresprogramm sei ein anspruchsvolles Papier, Recht gehabt. Das Programm sei nämlich vom Sprachlichen her nicht gerade einfach zu verstehen. Es enthalte in der Tat zu viele Fremdwörter. Cercle Indicateurs, Corporate Governance und Guichet virtuel seien nur einige davon. Der Begriff Nachhaltigkeit komme zwölf Mal vor. Die FDP orte in Bezug auf das Jahresprogramm ein grosses Verbesserungspotential. Es brauche einen anderen Aufbau. Die FDP-Fraktion werde eine entsprechende Motion einreichen. Sie nehme vom Bericht Kenntnis, in dieser Form allerdings zum letzten Mal. Sie hoffe, dass der Stadtrat zu einer Darstellung finde, die nachhaltig tauglich sei.

Philipp Senn (SP) äussert, seine Fraktion habe beim Lesen des Jahresprogramms ein zwiespältiges Gefühl gehabt. Es vermittle einen etwas wässrigen Eindruck. Zum Teil würden in-

haltliche Ziele fehlen. Die Sprache sei etwas hochtrabend. Man frage sich, ob sie angemessen sei. Der Begriff Nachhaltigkeit werde überstrapaziert. Die Erklärungen des Stadtrates auf der ersten Seite des Jahresprogramms hätten seine Fraktion aber davon überzeugt, die Kenntnisnahme des Programms zu befürworten, obwohl sie es in dieser Form nicht wirklich für zweckmässig halte.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) teilt mit, ein umfassendes Studium des Jahresprogramms sei aus Zeitgründen nicht möglich gewesen. Die Vorlage sei kurzfristig verschickt worden. Seine Fraktion sei zu einem ähnlichen Schluss wie Bernhard Fröhlich gekommen. Weniger Fremdwörter wären wünschenswert. Die Legislaturziele würden zu wenig ausführlich beschrieben. Es fehle an Informationen über die einzelnen Programmpunkte. Für das nächste Mal verlange seine Fraktion präzisere Angaben. Der Verfasser lasse sich in der Aussage viel Spielraum. Das Projekt Kantinenweg beispielsweise sei im Rat anders besprochen worden, als es im Programm stehe. Es fehle allgemein am Umsetzungsgedanken. Seine Fraktion nehme das Jahresprogramm mit etwas Brummen zur Kenntnis.

Marie-Theres Beeler (GL) gibt bekannt, ihre Fraktion nehme gerne Kenntnis vom Jahresprogramm. Es sei gut, dass es dieses Führungsinstrument gebe. Man könne kontinuierliche Fortschritte in der Gestaltung feststellen. Es gebe viele positive Projekte im Jahresprogramm. Ihre Fraktion sei gespannt auf das neue Verkehrskonzept, sie freue sich auf die Einführung von Tempo 30 und auf die forcierte Zusammenarbeit mit den Nachbargemeinden. Ihre Fraktion habe aber auch kritische Anmerkungen anzubringen. Das Programm sollte Transparenz vermitteln. Deshalb brauche es mehr Erläuterungen zu den einzelnen Punkten. Das Papier sei relativ spät an den Einwohnerrat gelangt. Nächstes Mal sollte das Jahresprogramm zusammen mit dem Budget vorliegen. Dies würde die Budgetdebatte versachlichen. Auch die Grüne Fraktion bemängle die vielen Fachbegriffe. Der Begriff Nachhaltigkeit werde überstrapaziert. Sie erwarte in den Legislaturzielen klare Konzepte zur Umsetzung von Nachhaltigkeitsprojekten. Im Bereich Jugendarbeit solle man nicht nur reagieren; die Grüne Fraktion warte auf eine umfassende Jugendpolitik.

://: Vom Jahresprogramm 2005 wird mit 31 Ja bei zwei Enthaltungen Kenntnis genommen.

39 A.2.4. Heime und Anstalten, Betrieb

3. Bericht des Stadtrates betreffend Alternative Betreuungs- und Pflegeformen für Betagte in Liestal; bedarfsorientierte Umsetzung in Etappen (Nr. 2004/19)

Der Stadtrat äussert sich in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Aufgrund der Zunahme der Zahl der Betagten in unserer Gesellschaft (demographische Entwicklung) entsteht bis ins Jahr 2020 für Liestal ein zusätzlicher Bedarf an Betreuung und Pflege im Altersbereich. Diesem soll durch neue und alternative Angebote des betreuten Alterswohnens und durch die Erstellung von bedarfsorientierten Pflegewohngruppen entsprochen werden. Die neuen Angebote sollen die bestehenden sinnvoll ergänzen und für die Zielgruppe der Seniorinnen und Senioren Möglichkeiten schaffen, einerseits infolge des Ausbaus der ambulanten Betreuungsangebote solange wie möglich in ihrer Wohnung bleiben zu können, andererseits bei steigendem Pflegebedarf die Wahlmöglichkeit zu haben, entweder in ein „klassisches“ Alters- und Pflegeheim überzutreten oder aber in eine intimere und familiärere neu zu erstellende Pflegewohngruppe. Mit diesem erweiterten Angebot, wie es auch im Altersleitbild der Stadt Liestal vorgezeichnet ist, wird den veränderten Bedürfnissen der neuen Generation der Betagten Rechnung getragen.

Nach einem gut aufgenommenen Bericht einer vom Stadtrat eingesetzten Spezialkommission, welcher den Aufbau der alternativen Pflege- und Betreuungsformen konzeptualisiert hat, soll nun mit einem Anschlussprojekt die Umsetzung an die Hand genommen werden, sodass die benötigte Angebotserweiterung rechtzeitig verfügbar ist.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat nimmt zustimmend Kenntnis vom Aufbau von alternativen Betreuungs- und Pflegeformen im Altersbereich.

Stadtpräsidentin Regula Gysin legt dar, dass die demographische Entwicklung nach Massnahmen verlange. Das Wort Überalterung gehöre nicht zu ihrem Wortschatz. Sie bevorzuge es, von einer Verjüngung der Gesellschaft zu sprechen. Heute seien 70- und 80-Jährige aktiv und mobil. Viele von ihnen würden sich in der Freiwilligenarbeit einsetzen und dort ihre Erfahrungen einbringen. Das Älterwerden betreffe jeden. Es sei nur die Frage, wie man es gestalte. Man solle in Würde altern können. Das Wohnen spiele in jedem Alter eine wichtige Rolle. Die Ansprüche an die Lebensqualität seien gewachsen. Dies zeige sich auch bei der heutigen älteren Generation.

Noch vor 100 Jahren habe die Altersstruktur der Bevölkerung in der Nordwestschweiz eine typische Pyramidenform ergeben, mit anderen Worten, es habe deutlich mehr jüngere als ältere Menschen gegeben. Heute zeige die Altersstruktur eine Zwiebelform: Die Geburten seien zurückgegangen. Am stärksten vertreten seien die 30- bis 60-Jährigen, und es gebe deutlich mehr ältere Menschen. Die Kosten im Gesundheitswesen seien enorm. Keine Gemeinde könne sich in der heutigen Zeit vorstellen, neue Alters- und Pflegeheime zu bauen. Der grösste Wunsch aller älter werdenden Personen sei zudem, so lange wie möglich zu Hause zu bleiben. Deshalb würden sich neue Angebote aufdrängen. Die Finanzierung des betreuten Wohnens sei modulartig; es würden die Miete plus zusätzliche, wachsende Leistungen in Rechnung gestellt. Die Finanzierung der Pflegewohnungen erfolge analog zu derjenigen der Alters- und Pflegeheime, also durch Beiträge des Bewohners, Gemeindebeiträge und Ergänzungsleistungen. Eine Projektgruppe habe mit der Umsetzung des Konzepts Anfang Dezember vergangenen Jahres begonnen.

Peter Schäfer (FDP) sagt, seine Fraktion sei erfreut über die Vorlage. In der Tat würden die Menschen immer älter. Die Schweizer seien sogar Vizeweltmeister, was das Altwerden betreffe. Die Wünsche der älteren Menschen seien heute anders als vor 20 oder 50 Jahren. Dass Liestal im Bereich Wohnen im Alter eine Pionierrolle übernehmen wolle, sei weitsichtig. Seine Fraktion nehme einstimmig und mit grosser Freude vom Bericht Kenntnis.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) äussert, ihre Fraktion stimme dem Antrag des Stadtrates einstimmig zu. Es sei wichtig, die notwendigen Kapazitäten für die nicht mehr selbständigen Betagten frühzeitig zu planen und einzurichten. Weiter sei es wichtig, den bestehenden Heimen kleine Wohneinheiten anzugliedern. Ihre Fraktion sei auch der Meinung, dass das selbständige Führen eines Haushaltes durch Betagte eventuell mit stundenweiser Betreuung gefördert werden solle. Das Bedürfnis der haushaltführenden Betagten nach sozialen Kontakten solle ebenfalls beachtet werden, um so der Vereinsamung vorzubeugen. Ihre Fraktion danke der Stadtpräsidentin Regula Gysin und der Spezialkommission unter der Federführung der Pro Senectute Baselland für das gut ausgearbeitete Konzept.

Jürg Holinger (GL) teilt mit, dass er im Namen der Grünen Fraktion die Vorlage unterstütze. Die Zahlen in der Vorlage müssten eventuell noch nach oben korrigiert werden, weil die Lebenserwartung weiter steige. Die Stadt müsse sich ausserdem engagieren, weil sich der Kanton aus den Aufgaben im Altersbereich zurückziehe. Nicht der Ausbau bestehender Altersheime sei der richtige Weg, sondern der vorliegende Ansatz. Es handle sich um den ersten Schritt zum Thema Alter, das den Einwohnerrat noch länger beschäftigen werde. Betreutes Wohnen sei nur mit einer starken und von der Stadt geschützten Spitex möglich. Es sei wichtig, dass diese Wohnform geschaffen werde, damit die Leute zu Hause blieben und nicht von einer teuren Infrastruktur Gebrauch machen müssten.

Orla Oeri-Devereux (SP) äussert, ihre Fraktion nehme von der Vorlage mit Freude Kenntnis. Sie schätze die Vorausplanung und die Ausrichtung des Angebots auf unterschiedliche Bedürfnisse. Das Nebeneinander von Betreutem Wohnen und Pflegewohnungen sei wichtig. Die Dementia brauche besondere Pflege. Dies sollte berücksichtigt werden. Zu beachten sei auch, dass Umsiedlungen für Betagte immer enorme Einschnitte bedeuteten. Man solle möglichst versuchen zu verhindern, dass sie mit fortschreitender Unselbständigkeit ein zweites Mal entwurzelt würden.

Vreni Wunderlin (FDP) betont, die Organisation Spitex sei in Liestal sehr stark und stehe vollumfänglich hinter diesem Projekt.

Danielle Schwab (SP) gibt zu bedenken, dass der Aspekt Hilfe zur Selbsthilfe etwas zu kurz komme. In der Phase, in der erste Gebrechen auftreten würden, sollten ältere Menschen die Möglichkeit haben, sich gegenseitig besser zu unterstützen. Hier fehle die notwendige Infrastruktur, also ein Wohnungsangebot für Alters-Wohngemeinschaften. Auch diese Möglichkeit solle man im Auge behalten.

Stadtpräsidentin Regula Gysin verdeutlicht, dass die Betreuung in einer Pflegewohnung dieselbe sei wie im Pflege- und Altersheim. Man könne dort bis zum Tod bleiben. Was Alters-Wohngemeinschaften betreffe, so glaube sie, wenn man nicht früher schon einmal in einer solche Form gelebt habe, könne man das im Alter nicht. Vielleicht entwickle sich aber in dieser Hinsicht doch etwas. Zum Thema der Entwurzelung von Betagten: Mit den neuen Einrichtungen könnten Betroffene dank kleinen Modulen wenigstens im gleichen Quartier bleiben. Wichtig sei, dass die sozialen Netze für Betagte erhalten blieben, auch altersübergreifend.

://: Vom Bericht des Stadtrates betreffend Alternative Betreuungs- und Pflegeformen für Betagte in Liestal wird einstimmig Kenntnis genommen.

40 L.2.2.3. Gemeindeliegenschaften und Grundstücke: Schulbauten, Turn- und Sportanlagen, Spielplätze, Sport- und Volksbad Gitterli AG

4. Schulhaus Gestadeck – Sanierungskredit (Nr. 2005/27)

Der Stadtrat äussert sich in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Das Schulhaus Gestadeck wurde vor fast 50 Jahren letztmals einer grossen Gesamtsanierung unterzogen. Heute sind von vielen Gebäudeteilen deren Nutzungsdauer bereits um ein Vielfaches überschritten.

Die Klassenzimmer im obersten Stockwerk des Hauptgebäudes lassen sich in den Wintermonaten nur schlecht beheizen, da die Isolation der Decke ungenügend ist. Mit dem zusätzlichen Einbau einer Mediathek und der Isolierung des Daches könnten diese Probleme gelöst werden. Eine Reduktion der Heizkosten steht dabei ausser Zweifel. Der allgemeine Zustand des Gebäudes lässt weitere zeitliche Verschiebungen der Sanierungsarbeiten nicht mehr zu.

Während der gesamten Umbauzeit wird der Schulbetrieb ausgelagert. Diverse alternative Standorte stehen zur Verfügung und werden zurzeit geprüft.

Nach der Sanierung des Gebäudes werden dem Schulbetrieb für die nächsten 20 Jahre wieder den heutigen Anforderungen entsprechende Schulräume und Nebenräume zur Nutzung übergeben.

Der Antrag des Stadtrates lautet:

Der Einwohnerrat stimmt der Sanierung des Gestadeck-Schulhauses zu und bewilligt den dafür notwendigen Sanierungskredit in der Höhe von CHF 1'809'000.00 zu.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt, ob jemand gegen das Eintreten auf die Vorlage sei. Das Büro des Einwohnerrats stelle den Antrag auf Überweisung des Geschäfts an die Bau- und Planungskommission.

://: Die Vorlage „Schulhaus Gestadeck – Sanierungskredit“ wird einstimmig zur Vorberatung an die BPK überwiesen.

41 B.1.3.1. Ortsplanung: Allgemeine Akten

5. Berichte des Stadtrates und der BPK zur Vorlage 2004/4 Ortsplanung - Zonenvorschriften Landschaft: Überarbeitung / Mutation (Nr. 2004/4a)

Der Stadtrat äussert sich in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Am 11. April 1995 genehmigte der Regierungsrat mit wenig Ausnahmen und diversen Erwägungen die Zonenvorschriften Landschaft (ZVL) vom 17. Februar 1993. Somit erlangten verschiedene Vorschriften und Bestimmungen keine Rechtskraft. Seit der Beschlussfassung haben zudem verschiedene Gesetzesrevisionen neue Voraussetzungen für die Landschaftsplanung geschaffen. Im Weiteren haben veränderte Gesellschafts- und Umweltverhältnisse neue lokale Bedürfnisse geschaffen. Diesem Umstand müssen Raumpläne Rechnung tragen. Deshalb sind sie aus zweckdienlichen Gründen zu ändern und an die veränderten Verhältnisse anzupassen.

Mit der Überarbeitung der Zonenvorschriften Landschaft sollen die Vorschriften, unter Berücksichtigung der Erwägungen des Regierungsrats vom 11. April 1995, widerspruchsfrei angepasst werden. Die ZVL sind nur dort anzupassen, wo ein rechtliches Vollzugsproblem besteht, wo sich die Verhältnisse erheblich geändert haben oder wo ein wichtiger Bedarf besteht. Alle weiteren Anpassungen und Änderungen sind im Rahmen der späteren Gesamtrevision zu überprüfen und wenn notwendig anzupassen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Den Änderungen gemäss dem Entwurf zum Zonenreglement Landschaft vom 14. Juni 2004 (synoptische Darstellung) wird zugestimmt.
2. Den folgenden neun Mutationen zum Zonenplan Landschaft wird zugestimmt:
 - a) Spezialzone für Rebbau (anpassen)
 - b) Archäologische Schutzzone Burghalde (anpassen)
 - c) Spezialzone „Im Weideli“ (neu)
 - d) Spezialzone für Deponie Elbisgraben (anpassen)
 - e) Spezialzone für Sammelparkplätze auf „Sichtern“ (neu)
 - f) Spezialzone „Schillingsrain“ (ändern)
 - g) Archäologische Schutzzone „Meienboden/Bienenberg“ (neu)
 - h) Grenzregulierung „Bad Schauenburg“ (anpassen)
 - i) Bauzone W2 / Landwirtschaftszone im „Weideli“ (anpassen)
3. Dem Baulinienplan (Strassen-/Waldbaulinien) Weideliweg – Oesliweg wird zugestimmt.

Die Anträge der Bau- und Planungskommission lauten:

1. Den folgenden acht Mutationen zum Zonenplan Landschaft wird zugestimmt:
 - 1L Spezialzone für Rebbau „Im Elbis“ (anpassen)
 - 2L Archäologische Schutzzone Burghalde (anpassen)
 - 3L Spezialzone „Im Weideli“ (neu)
 - 4L Spezialzone für Deponie Elbisgraben (anpassen)
 - 6L Archäologische Schutzzone „Meienboden/Bienenberg“ (neu)
 - 7L Spezialzone „Schillingsrain“ (anpassen)

- 8L Grenzregulierung „Bad Schauenburg“ (anpassen)
9L Bauzone W2 / Landwirtschaftszone im „Weideli“ (anpassen)
2. Die Mutation Nr. 5L, Spezialzone für Sammelparkplätze auf „Sichtern“ (neu) wird abgelehnt.
 3. Den farbigen Änderungen gemäss dem Entwurf BPK vom 30. November 2004 zum Zonenreglement Landschaft wird zugestimmt.
 4. Dem Baulinienplan (Strassen-/Waldbaulinien) Weideliweg – Oesliweg wird zugestimmt.

BPK-Präsident Hanspeter Meyer (SVP/CVP/EVP) erläutert, jede Planung sei einem ständigen Wandel unterzogen. Die Zonenvorschriften Landschaft würden dies deutlich vor Augen führen. Aus dem Jahr 1995 seien einige Beschlüsse nachzuholen, damit Rechtskraft entstehe. Ausserdem seien Anpassungen nötig, weil sich Verhältnisse geändert hätten. Man befinde sich jetzt in einer Zwischenphase, später werde es zu einer Gesamtrevision der Zonenvorschriften Landschaft kommen. Es sei viel Papier produziert worden, trotzdem gehe es heute um viele unwesentliche Änderungen. Bei den Anträgen der BPK gebe es nur eine grosse Differenz gegenüber denjenigen des Stadtrats; sie betreffe die Spezialzone für Sammelparkplätze auf der Sichtern.

Stadtrat Ruedi Riesen weist ebenfalls darauf hin, dass die Überarbeitung im Rahmen der Gesamtrevision zu sehen sei. Er danke den Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen der Verwaltung und der BPK für ihre Arbeit.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) hält fest, dass sich die Frage zum Eintreten nicht mehr stelle. Er werde jetzt die einzelnen Anträge der BPK zur Abstimmung bringen.

://: 1. Die acht Mutationen zum Zonenplan Landschaft werden einstimmig genehmigt.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) fragt zum zweiten Antrag der BPK, ob jemand das Wort wünsche.

Jürg Holinger (GL) äussert, er wolle den Argumenten der BPK drei weitere hinzufügen. Erstens gehe es hier um eine Landschaftszerstörung. Zweitens habe die Vorprüfung durch den Kanton ergeben, dass dieses Vorhaben aus raumplanerischer Sicht nicht befriedigend sei. Drittens schreibe der Stadtrat selbst im Mitwirkungsbericht, dass der Standort für die Parkplätze nicht optimal sei. Seine Fraktion unterstütze den Antrag der BPK.

Stadtrat Ruedi Riesen betont, der heutige Stadtrat schliesse sich der Meinung der BPK an.

://: 2. Der Antrag, die Mutation Nr. 5L, Spezialzone für Sammelparkplätze auf „Sichtern“ (neu), abzulehnen, wird grossmehrheitlich bei zwei Enthaltungen angenommen.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, er komme jetzt zu dem Abschnitt mit den vielen Paragraphen. Die Reglementsentwürfe würden am besten gesamthaft diskutiert.

- ://: 3. Den farbigen Änderungen gemäss dem Entwurf BPK vom 30. November 2004 zum Zonenreglement Landschaft wird einstimmig zugestimmt.
- ://: 4. Der Baulinienplan (Strassen-/Waldbaulinien) Weideliweg – Oesliweg wird grossmehrheitlich bei 2 Enthaltungen genehmigt.
- ://: In der Schlussabstimmung werden alle Anträge der BPK einstimmig genehmigt.

42 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

6. Bericht des Stadtrates zum Postulat von Marie-Theres Beeler und Elisabeth Augstburger vom 23. Juni 2004 für sichere Schulwege in Liestal (Nr. 04/177a)

Der Stadtrat äussert sich in seinem Bericht zusammengefasst folgendermassen:

Das Postulat fordert Massnahmen, damit möglichst viele Kinder zu Fuss sicher zur Schule gelangen. Vorgeschlagen wird die Einrichtung von sogenannten „Pedibussen“ (organisierte Schulwegbegleitung durch Eltern mit definierten Treffpunkten).

Dem Stadtrat ist die Sicherheit der Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg ein wichtiges Anliegen. Die Schulleitung unterstützt deshalb schon heute Eltern bei Schulwegproblemen. Aus Gründen der Gesundheitsförderung wird den Eltern auch empfohlen, ihr Kind zu Fuss zur Schule zu schicken. Hinweise auf gefährliche Schulwege werden in Zusammenarbeit mit Stadtbauamt, Stadtpolizei und dem Verkehrserziehungsbeauftragten des Kantons bearbeitet.

Im Sinne des Postulates wird die Schulleitung ab der nächsten Einteilung der Kinder in die ersten Klassen und in den Kindergarten dem Einteilungsschreiben ein Infoblatt beilegen, mit welchem die Eltern zusätzlich ermuntert werden, ihre Kinder zu Fuss zur Schule zu schicken, bei Bedarf Schulwegbegleitungen nach Strassen oder Quartieren zu organisieren und sich bei Schulwegproblemen an die Schulleitung zu wenden. Eine Zuständigkeit bei der Durchführung von „Pedibussen“ möchte der Stadtrat hingegen nicht übernehmen.

Die Anträge des Stadtrates lauten:

1. Der Einwohnerrat nimmt den Bericht des Stadtrates zum Postulat für sichere Schulwege zur Kenntnis.
2. Das Postulat Nr. 04/177 vom 23. Juni 2004 wird abgeschrieben.

Marie-Theres Beeler (GL) dankt für den Bericht zum Vorstoss. Sie sei sehr zufrieden mit der Antwort. Die Anliegen des Postulats seien teilweise schon umgesetzt. Es gebe beim Thema sichere Schulwege zwei Ansatzpunkte: Erstens sei das Gefahrenpotential zu minimieren, zweitens sollten die Kinder mit dem Gefahrenpotential umgehen können. Vor allem beim zweiten Punkt stelle sie fest, dass eine gute Kooperation vorhanden sei. Das Infoblatt der Schulleitung biete Hilfe an, damit die Schüler und Schülerinnen ihre Schulwege sicher zu Fuss bewältigen könnten. Was die Einrichtung des Pedibusses betreffe, sei sie gespannt darauf, von Erfahrungen zu hören. Der Stadtrat habe das Angebot gemacht, Pedibusse zu unterstützen. Beim ersten Punkt interessiere sie, welche Stellen man in Liestal genauer unter die Lupe nehmen wolle. Im Amtlichen Mitteilungsblatt solle man die Bevölkerung darauf aufmerksam machen, dass es erwünscht sei, die Verwaltung auf gefährliche Stellen hinzuweisen.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, sie unterstreiche das Gesagte und danke dem Stadtrat und der Schulleitung für die Bearbeitung des Vorstosses. Mit wenig Aufwand habe man eine gute Lösung gefunden. Sie habe einen Pedibus in der Praxis erlebt. In diesem Fall habe die Kommunikation allerdings nicht gut funktioniert. Das Infoblatt sei eine gute Idee, da es anbiete, sich bei Problemen bei der Schulleitung zu melden.

Vreni Wunderlin (FDP) teilt mit, dass ihre Fraktion die Massnahmen unterstütze. Durch die Blockzeiten seien die Kinder auf ihrem Schulweg noch mehr gefährdet.

Regula Nebiker (SP) äussert, ihre Fraktion begrüsse die Stossrichtung der stadträtlichen Antwort. Die Schulwege zu Fuss zu bewältigen, sei wichtig für die Entwicklung der Kinder. Die Begeisterung halte sich insofern in Grenzen, als dass es sich um Symptombekämpfung handle. Begleitung auf dem Schulweg nütze nicht genug, wenn die Autos rücksichtslos vorbeibrausen würden. Man müsse eine koordinierte, ganzheitlichere Sicht dieses Problems mit dem Verkehrskonzept verknüpfen. Temporeduktionen seien wichtig. Bei der Einführung von Tempo 30 sollte die Situation der Schülerinnen und Schüler besonders berücksichtigt werden.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) sagt, ihre Fraktion nehme Kenntnis vom Bericht und sei für die Abschreibung des Postulats. Mit dem Infoblatt würden die Eltern ernst genommen und fühlten sich beruhigt.

Stadtrat Lukas Ott dankt für die gute Aufnahme des Berichts. Bei der Einteilung in die Schule und den Kindergarten gelte das Prinzip der Quartierzugehörigkeit. Der Weg müsse aber auch zumutbar sein. Die Stadt sei aufgerufen, die entsprechenden Rahmenbedingungen zu schaffen. Ein wichtiges Anliegen der Stadt sei gewesen, keine neue Aufgabe zu übernehmen. Der Stadtrat wolle aber Bedürfnisse entgegennehmen sowie Unterstützung leisten und Vermittlerin sein. Was den Aspekt der Sicherheit betreffe, so finde eine rollende Überprüfung statt. Hinweise und Begehren würden sofort mit der Polizei und dem Stadtbauamt angeschaut, damit Gefahren entschärft würden. Die Oristalerstrasse beim Bahnhof sei beispielsweise eine gefährliche Stelle. Auch beim Mühlematt-Schulhaus sei eine schwierige Situation, wie an der Rheinstrasse überhaupt.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, wo neue Quartiere entstünden, achte man schon bei der Planung darauf, sichere Schulwege zu realisieren. Es gebe immer wieder neue Gefahrenquellen. Die Stadt sei auf Meldungen angewiesen. Das Thema werde sehr ernst genommen.

Stadtrat Ruedi Riesen bestätigt, die Stadt versuche, mit wenigen Massnahmen Gefahren zu vermindern, wenn sie irgendwo neu baue. Ein Beispiel sei die Gartenstrasse. Von der Burgbrücke in die Gartenstrasse zu fahren, sei gefährlich gewesen. Beim Neubau der Gartenstrasse sei eine Schwelle errichtet worden, um die Ecke zu entschärfen.

://: 1. Der Einwohnerrat nimmt vom Bericht des Stadtrates zum Postulat für sichere Schulwege einstimmig Kenntnis.

://: 2. Das Postulat wird einstimmig abgeschrieben.

43 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**7. Postulat von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion
betreffend Nutzung der Sporthalle Kaserne Liestal (Nr. 2004/13)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Nutzung der Sporthalle Kaserne Liestal

Im hinteren Teil des Kasernenareals stand früher die Militärhalle, die 1904 ursprünglich als Reithalle konzipiert worden war. In den vergangenen Jahrzehnten wurde die Militärhalle nicht nur für militärische Zwecke, sondern auch für Sport und öffentliche Anlässe genutzt. Bedingt durch den schlechten Zustand der Halle (nicht geheizt) war mit der Zeit nur noch eine eingeschränkte Nutzung der Halle möglich. Ein Neubau drängte sich auf.

Am 2. März 1997 haben die Stimmbürger die Vorlage für den Bau einer Stadt- bzw. Mehrzweckhalle abgelehnt. In der Zwischenzeit hat der Bund an Stelle der alten Militärhalle eine moderne Dreifachturnhalle errichtet. Diese ist Bestandteil der erweiterten Kaserne. Zurzeit wird die Halle von der Armee, aber auch von der Handelsschule KV Baselland durch vertragliche Vereinbarung genutzt. Diese Vereinbarung könnte durch den Kanton weitergeführt werden. Die ganze Infrastruktur wie Garderoben, Duschen, WC- Anlagen, Aufenthaltsräume, etc. sind auf dem neusten Stand.

Im Rahmen der Sparbemühungen bei der Armee ist die Weiternutzung des Waffenplatzes Liestal auf Dauer nicht gesichert. Der Ausgang der Diskussionen zwischen Bund und Kanton ist offen. In der Presse kursierten Gerüchte um ein baldiges Aus für den Waffenplatz Liestal. Und der Kanton hat bereits Interesse an der Umnutzung der Kaserne zur Justizverwaltung bekundet. - So würde ein geplanter Neubau für rund 60 Millionen Franken hinfällig.

In den Liestaler Turnhallen kommt es immer wieder zu Engpässen, da sie überbelegt sind (Schulen und Vereine). Daher sollte auch Liestal die Chance nutzen und bereits heute die Möglichkeiten für die Mitbenutzung der Turnhalle prüfen.

Antrag an den Stadtrat:

Falls der Bund auf den Waffenplatz Liestal verzichtet ist es selbstverständlich, dass die Dreifachsporthalle der bisherigen Kaserne neu den Schulen von Liestal und allen ortsansässigen Vereinen für Sport, Kultur und andere Anlässe zur Verfügung gestellt werden muss. In diesem Sinne erwarten wir eine koordinierte Zusammenarbeit zwischen Kanton, Stadt Liestal und weiteren Betroffenen.

Wir beantragen eine rasche Erhebung der künftigen Nutzungsmöglichkeiten zu prüfen mit Bericht an den Einwohnerrat, damit eine wohl einmalige Chance für Liestal nicht verpasst wird.

2. November 2004, Stefan Saladin, SVP/CVP/EVP Fraktion

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, die Kaserne Liestal werde bekanntlich vorläufig doch durch das Militär gebraucht. Dies sei erfreulich. Der Inhalt des Postulats stimme nicht mehr mit den jetzigen Verhältnissen überein. Die Kaserne und der Waffenplatz Liestal hätten vorübergehend Zukunft. Deshalb ziehe er sein Postulat zurück.

44 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

8. Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Projekte für mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal (Nr. 2004/14)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Projekte für mehr Sicherheit am Bahnhof Liestal

Die Ereignisse rund um den Bahnhof Liestal und der Überfall auf den Coop Pronto-Shop haben die Verantwortlichen, der Stadt Liestal und der SBB veranlasst, unter Mitwirkung diverser Fachleute ein Massnahmenpaket zu schnüren, mit dem die Problemfelder, die sich zunehmend auf den Bahnhof Liestal konzentrierten, kurz-, mittel- und langfristig behoben werden sollen. Der Stadtrat unterstützt Bahnhofpatenschaften, u.a auch das Streetworker-Konzept mit anderen Gemeinden zusammen am Liestaler Bahnhof. Verschiedene Arbeitsgruppen mit dem Thema Jugendprävention arbeiten an längerfristigen Lösungen zur Verbesserung der Situation der Jugendlichen. Das Ziel, den Bahnhof Liestal als Begegnungsstätte und Durchgangsort für alle Bevölkerungsteile wieder sicher zu machen, kann möglicherweise erreicht werden.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

- Das Zustandekommen des Streetworker-Konzepts wurde am 1. Juli 2004 eingeführt. Werden die Kosten auch von sämtlichen involvierten Gemeinden bezahlt?
- Wird der Einsatz der beiden Streetworker am Bahnhof Liestal von den Jugendlichen akzeptiert?
- Welche Behörde ist für den Einsatz dieser Streetworker zuständig und nach welchen Kriterien wird deren Einsatzdauer bestimmt?
- Wie weit steht das Pilotprojekt Bahnhofpatenschaften der SBB in Liestal?

Stefan Saladin
SVP Liestal
2. November 2004

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, die Kosten für den Einsatz der Streetworker würden zu 50 Prozent von der Stadt Liestal und zu 50 Prozent von den mitbeteiligten Gemeinden getragen. Eine Standortbestimmung habe ergeben, dass die Jugendlichen das Angebot nutzen und den Kontakt zu den Streetworkern suchen würden. Das Ganze funktioniere gut. Vieles könne niederschwellig und rasch erledigt werden. Für den Einsatz der Streetworker sei der Stadtrat zuständig. Die Bahnhofpatenschaften seien ein Projekt der SBB. Im Dezember sei ein Orientierungsabend durchgeführt worden, mit dem Ziel, Personen zu finden, die diese Aufgabe übernehmen würden. Dies sollten keine Jugendlichen sein. Es gehe bei den Bahnhofpatenschaften vor allem um mehr Ordnung am Bahnhof. Bis jetzt mache erst eine Person mit. Dies könne auch eine Aufgabe für Stellenlose sein.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) sagt, die Zeitdauer des Einsatzes der Streetworker sei ihm noch nicht klar.

Stadtpräsidentin Regula Gysin teilt mit, das Pilotprojekt laufe bis Ende 2005. Danach werde man über die Bücher gehen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) möchte wissen, ob die Streetworker mit Handys ausgerüstet seien. Seiner Meinung nach sei zu überlegen, ob eine Funkanlage nicht besser als ein Handy wäre, falls etwas passiere.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, die Streetworker seien im Besitz von Handys. Damit lasse sich der Polizeikontakt sofort herstellen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

45 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

9. Interpellation von Stefan Saladin namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Anschluss Liestal an die Umfahrungsstrasse H2 (Nr. 2004/15)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Anschluss Liestal an die Umfahrungsstrasse H2

Seit langer Zeit ist geplant, das Zentrum von Liestal mit direkten Anschlüssen an die bestehende Umfahrungsstrasse H2 zu entlasten. Um die künftigen Anforderungen an das Strassennetz in und um Liestal abzuklären, hat der Landrat einen Projektierungskredit bewilligt. Die Mehrheit unserer Landräte verlangt denn auch von der Regierung einen Halbanschluss im Raum Gasstrasse an die H2. Die Entlastung des Ortskerns vom Ziel- und Quellverkehr muss ohne Verzögerungen vorangetrieben werden.

Das ehemalige Areal der Firma Konrad Peter liegt an bester Lage vis-a-vis der EBL und direkt am geplanten Halbanschluss Gasstrasse der H2. Das seit Jahren brachliegende Areal wäre ideal für die Neuansiedlung von Gewerbe und/oder Verkaufsläden. Aus der Presse haben wir erfahren, dass offenbar Supermarktketten aus dem EU-Raum Interesse an diesem Standort bekundet haben. Sollte das Areal tatsächlich einer solchen Umnutzung zugeführt werden, sind auch verkehrstechnisch gute Lösungen nötig. Damit Liestal als Handels- und Gewerbestandort auch in Zukunft attraktiv bleibt, braucht es dringend eine funktionierende Erschliessung bzw. Verkehrsentlastung. Das Beispiel von umliegenden Gemeinden zeigt, dass Lösungen möglich sind, wenn sie rechtzeitig angepackt werden.

Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung folgender Fragen:

1. Begrüssst der Stadtrat die Pläne von Grossverteilern am Konrad-Peter-Areal oder steht er diesen eher ablehnend gegenüber?
2. Welche Kenntnisse hat der Stadtrat von Investoren?
3. Welche Unternehmungen haben bis heute an diesem Standort Interesse angemeldet?
4. Der Landrat hat für die Verkehrsstudie Halbanschluss Gasstrasse an die Umfahrungsstrasse H2 einen Kredit bewilligt. Wie ist der Stand der Planung heute?
5. Wann und an welchem Standort wird der Spatenstich für den Anschluss bzw. die Anschlüsse an die Umfahrungsstrasse voraussichtlich erfolgen? Wie lange werden die Bauarbeiten dauern?

Stefan Saladin
SVP/CVP/EVP Fraktion
2. November 2004

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet auf die erste Frage, das Areal gehöre der Kantonalbank und unterliege der Quartierplanpflicht. Zu Plänen von Grossverteilern auf dem Konrad-Peter-Areal habe sich der Stadtrat noch nicht geäussert. Er habe auch keine Kenntnis von Investoren. Welche Unternehmungen bisher Interesse angemeldet hätten, wisse er nicht. Zur vierten Frage: Der Stand der Planung sei als positiv zu bezeichnen, weil die Stadt nun mit dem Kanton den Planungsweg beschreiten könne. Im April 2005 finde die nächste Sitzung zwischen der Stadt und dem Kanton statt. Zur fünften Frage: Mit der H2 solle es nun zügig vorgehen. Die Finanzierung scheine zu stehen. Der Kanton beabsichtige, nächstes Jahr mit dem Bau der H2 zwischen Liestal und Pratteln anzufangen. Die Bauzeit werde bis ins Jahr 2012 dauern. Mit der Sanierung im Abschnitt Umfahrungsstrasse in Liestal und den dazugehörigen Anschlüssen könne man frühestens 2012 beginnen.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antworten und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Stefan Saladin (SVP/CVP/EVP) stellt fest, dass in Liestal keine Entwicklung von Industrie und KMUs stattgefunden habe. Man müsse ein Zeichen setzen und ja sagen zu Investoren, damit man Unternehmer nach Liestal bekomme.

Paul Pfaff (SVP/CVP/EVP) fragt, wie lange man so ein Gebiet wie das Konrad-Peter-Areal brachliegen lassen könne. Seiner Meinung nach sollte dort bald etwas gemacht werden.

Stadtrat Ruedi Riesen erinnert daran, dass der Stadtrat eine Zwischennutzung des Konrad-Peter-Areals vorgeschlagen habe, anstatt es abzureissen. Dann hätte sich Gewerbe einmieten können. Man müsse das Ganze als Entwicklung sehen. In der Nordwestschweiz gebe es zu viele Büros. Die Tendenz gehe Richtung Mischnutzung. Im Rahmen des Quartierplans 2 am Bahnhof sei die Stadt Liestal mit einem sehr interessierten Investor im Gespräch. Auf dem Konrad-Peter-Areal wäre ein deutscher Grossverteiler seiner Ansicht nach nicht sehr willkommen. Gewerbe und Büroräume wären dort eine gute Mischung.

Ernst Burkhardt (SP) meint, das Wohnhaus sei rasch abgerissen worden. Es sei aber nicht so, dass sich danach niemand mit diesem Areal befasst habe. Es habe seither viele Ideen gegeben. Man könne deshalb schon von Aktivität sprechen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

46 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**10. Interpellation von Bernhard Fröhlich namens der FDP-Fraktion
und Paul Finkbeiner namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betref-
fend Abwasserreglement (Nr. 2004/16)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zum Abwasserreglement

Im Bericht der FIKO zum Finanzplan 2000 - 2004 vom 4.11.1999 wurden bis spätestens in einem Jahr Analysen und Vorschläge für die finanzielle Zukunft der Kanalisationskasse verlangt. Im Weiteren wurde seitens der Stadt in Aussicht gestellt, dass bis spätestens 2003 ein neues Abwasserreglement vorliegen soll.

Wir bitten nun den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen:

- Ist ein neues Abwasserreglement in Bearbeitung und bis wann kann mit einer Vorlage im Einwohnerrat gerechnet werden?
- Ist sich der Stadtrat bewusst, dass die heutigen Grundlagen zur Berechnung der Anschlussbeiträge problematisch sind, weil der Versicherungswert des Hauses als Berechnungsgrundlage beigezogen wird und nicht die Grundstückfläche, wie das eine Studie der Basellandschaftlichen Gebäudeversicherung aufzeigt?

Bernhard Fröhlich, FDP-Fraktion
Paul Finkbeiner, SVP/CVP/EVP-Fraktion
15. Oktober 2004

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, ein neues Reglement sei in Bearbeitung. Es sei fast fertig. Es gebe schon Ideen, wie die Verordnung auf Gemeindeebene aussehen könne. Sie sei jedoch abhängig von der Verordnung des Kantons, und diese befinde sich in der Vernehmlassung bei den Gemeinden. Der Stadtrat beantrage dem Einwohnerrat, zuerst den GEP, den Generellen Entwässerungsplan, im Rat zu verabschieden. Bis Ende dieses Jahres werde die Verordnung des Kantons voraussichtlich fertig sein. Das revidierte Abwasserreglement sollte dem Einwohnerrat im Verlaufe des Jahres 2006 unterbreitet werden können.

Bernhard Fröhlich (FDP) dankt dem Stadtrat für seine Antwort und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht er die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Bernhard Fröhlich (FDP) meint, wenn 2006 ein neues Reglement in den Rat komme, sei er zufrieden.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) fügt hinzu, auch er sei mit der Antwort zufrieden. Der Grund für den Vorstoss sei für ihn persönliche Betroffenheit gewesen. Vor Jahren seien die Anschlussgebühren gesenkt worden. Als er seinen Betrag habe bezahlen müssen, sei er erschrocken. Er habe nur einen Umbau vorgenommen und keine neuen Leitungen erstellt. Trotzdem sei der Betrag sehr hoch gewesen. Es gehe ihm um die Attraktivität von Liestal als Wohnraum.

Somit ist die Interpellation erledigt.

47 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

11. Interpellation von Paul Finkbeiner und Elisabeth Weber namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Allmendgebühren (Nr. 2004/17)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation zu Allmendgebühren

Kürzlich konnte in der bz gelesen werden, dass die Stadt beabsichtigt, im zu überarbeitenden Polizei-Reglement Allmendgebühren für Gartenwirtschaften einzuführen. Das ist nach unserer Meinung in hohem Mass gewerbefeindlich und demotivierend für die Wirte, die mit viel Liebe und Engagement (auch in finanzieller Hinsicht) ihre Gartenbeizen möblieren, mit Blumen und dergleichen schmücken, um das Stedtli besucherfreundlicher zu gestalten! Dass die Wirte zuweilen auch mit Vandalismus (umgestürzte Blumentöpfe, ausgerissene Blumen, demoliertes oder entwendetes Mobiliar etc.) konfrontiert sind, sei nur am Rande erwähnt.

Wir bitten den Stadtrat um die Beantwortung der folgenden Fragen:

- Hat der Stadtrat davon Kenntnis, dass der damalige Gemeinderat die Wirte dazu ermuntert hat, im Stedtli Strassencafés einzurichten, und das, ohne eine Gebühr zu erheben?
- Kann sich der Stadtrat vorstellen, im Sinne einer gewerbefreundlichen Einstellung auch in Zukunft auf eine Gebühr zu verzichten?

Paul Finkbeiner, Elisabeth Weber
SVP/CVP/EVP-Fraktion
28. Oktober 2004

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Stadtrat unterstütze alle Aktivitäten, dass Liesital attraktiv und lebendig sei. Da es sich aber um öffentlichen Raum handle und dieser nirgendwo unentgeltlich zur Verfügung stehe, wolle man Gebühren erheben. Mit der heutigen Finanzlage könne die Stadt auch keine Gebühren erlassen. Das letzte Wort werde aber der Einwohnerrat haben, wenn das neue Polizeireglement beraten werde.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antwort, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) berichtet, er sei erschrocken, als er in der Zeitung gelesen habe, dass künftig Allmendgebühren erhoben werden sollten. Vor Jahren habe man eingeführt, dass Strassencafés aufgestellt werden dürften, und zwar ohne Gebühr. Die Wirte würden sich anstrengen, Tische, Sonnenschirme und Blumenschmuck aufstellen, und jetzt wolle die Stadt auch noch Geld dafür. Er werde dies im Einwohnerrat vehement bekämpfen.

Astrid Basler (GL) fragt, weshalb bis jetzt keine Gebühren erhoben worden seien.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, dies wisse sie nicht. Sie wisse nur, dass diese Gebühr jetzt ins Polizei-Reglement aufgenommen werden solle. Man werde die Allmendgebühr aber auch mit den Wirten diskutieren. Die Überlegung des Stadtrats sei, dass eine Gartenwirtschaft auch Einnahmen generiere.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) weist darauf hin, dass der alte Gemeinderat, der die Wirte motiviert habe, auf die Strasse hinauszugehen, zugesichert habe, dass keine Gebühren erhoben würden. Mit dem Umsatz, den man mit der Gartenwirtschaft machen, könne man oft nur gerade die Investitionen bezahlen, die man draussen gemacht habe. Wenn man die Gebühr einführe, werde der eine oder andere Wirt auf sein Strassencafé verzichten.

Bernhard Fröhlich (FDP) fügt hinzu, Paul Finkbeiner werde im Einwohnerrat nicht alleine sein mit seinem Kampf. Die Wirte täten alles, um die Attraktivität von Liestal zu erhöhen. Wenn der Gewinn gerade wieder mit einer Gebühr abgeholt würde, wäre dies der falsche Weg. Gerade Juli und August seien die schwächsten Monate für die Wirte.

Vreni Wunderlin (FDP) fragt, ob es künftig auch etwas kosten werde, wenn eine Schulklasse oder beispielsweise die Krebsliga einen Stand aufstelle.

Stadtpräsidentin Regula Gysin erwidert, das neue Polizeireglement sei erst in Vorbereitung, sie könne diese Frage daher nicht beantworten. Aber ihrer Meinung nach sei es bei sozialen Aufgaben etwas anderes.

Orla Oeri-Devereux (SP) fragt, wie dies in anderen Gemeinden gehandhabt werde.

Hanspeter Stoll (SP) meint, Liestal sei immer ein Spezialfall gewesen und werde dies wahrscheinlich bleiben. Man habe das Stedtli lebendiger machen wollen. Alles, was die Attraktivität steigern, solle man unterstützen. Es wäre falsch, Gebühren zu erheben.

Pascal Porchet (FDP) erinnert daran, dass man über das inzwischen verabschiedete Reklamerement erschrocken gewesen sei. Wenn es in dieselbe Richtung gehe wie dort, wo vieles stark eingeschränkt wurde, müsse man acht geben. Er mahne zur Vorsicht bei solchen Reglementen.

Danielle Schwab (SP) äussert, ein attraktives Liestal sei in aller Interesse. Es gehe aber auch darum, Rechtsgleichheit zu schaffen. Sie sei dafür, abzuwarten, wie das Reglement aussehe.

Ratspräsident Walter Gudenrath (SP) sagt, in der Spezialkommission GoR sei vor Jahren intensiv über dieses Problem diskutiert worden. Die GoR habe etwas beschlossen, das rechtskräftig sei. Man müsse dies nachschauen.

Somit ist die Interpellation erledigt.

48 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

12. Motion des Einwohnerratsbüros betreffend Anpassung des Verwaltungs- und Organisationsreglements (Nr. 2004/23)

Die Motion hat folgenden Wortlaut:

Anpassen des Organisations- und Verwaltungsreglementes (VwoR)

Das VwoR vom 1. Januar 2000 enthält drei Paragraphen welche anzupassen oder hinfällig geworden sind.

1. Bekanntmachung der Einwohnerratsgeschäfte, § 2 Absatz 3:

Gemäss VwoR werden die Beschlüsse des Einwohnerrates durch Anschlag im Rathaus und durch Publikation im Amtlichen Mitteilungsblatt bekannt gegeben. Für den Beginn der Referendumsfrist ist das Erscheinungsdatum des Amtlichen Mitteilungsblattes massgebend. Die Sitzungsdaten des ER stimmen aber mit den Erscheinungsdaten des Amtlichen Mitteilungsblattes nicht mehr überein, dadurch können sich Referendumsfristen um bis zu 3 Wochen verlängern.

Die Motion fordert, dass für den Beginn der Referendumsfrist nur das Datum des Anschlags im Rathaus massgebend ist.

2. Exekutive der Bürgergemeinde, § 4:

Nach dem die Bürgergemeinde selbständig ist und ihren eigenen Bürgerrat gewählt hat, ist der Stadtrat nicht mehr deren verwaltende und vollziehende Behörde.

3. Spezialfinanzierung, § 12:

Dieser Paragraph bezieht sich auf die Gemeinschaftsantennenanlage, diese ist nicht mehr im Eigentum der Stadt.

Anträge:

Der Stadtrat wird beauftragt, das Organisations- und Verwaltungsreglement anzupassen und dem Einwohnerrat vorzulegen.

Für das Büro des Einwohnerrates:

Walter Gudenrath, SP

Präsident des Einwohnerrates

13. Dezember 2004

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, der Stadtrat sei bereit, die Motion entgegenzunehmen und die Anpassungen vorzunehmen.

://: Die Überweisung der Motion an den Stadtrat wird einstimmig genehmigt.

49 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**13. Interpellation von Astrid Basler namens der Grünen Fraktion
betreffend Abbau der zivilen Einrichtung in Liestal (Nr. 2004/24)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation Abbau der zivilen Einrichtung in Liestal

Das Departement für Bevölkerungsschutz sieht den Abbau von Zivilschutzunterkünften per 2007 vor. Davon ist auch Liestal betroffen.

- Welche Unterkünfte in Liestal werden noch benötigt werden und welche werden aufgehoben?
- Was geschieht mit den nicht mehr benötigten Unterkünften?
- Kann die Infrastruktur ziviler Einrichtungen, welche geschlossen werden, noch verwendet werden?
- Hat Liestal schon zum heutigen Zeitpunkt gegenüber den heute geltenden Vorgaben des Bundes ein Ueberangebot an Unterkünften?

Gemeinden können sich auch in Zivilschutzverbänden zusammenschliessen um Kosten zu sparen.

- Inwiefern wird im Bereich Bevölkerungsschutz die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden praktiziert?

Im Budgetvoranschlag ist ein Ausbau "Übermittlungsstation Zivilschutz" budgetiert von Fr. 60'000.-.

- Wofür wird diese Uebermittlungsstation gebraucht?
- Für welche Anlässe und wie häufig kommt die Uebermittlungsstation heute und in Zukunft zum Einsatz?

Astrid Basler
Grüne Fraktion
14. Dezember 2004

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt, es würden alle Schutzräume gebraucht. Heute genüge eine Deckung von 100 Prozent der Wohnbevölkerung; früher sei eine Deckung von 110 Prozent verlangt worden. Die Schutzunterkünfte würden sich aus Räumen von Privaten und von Firmen zusammensetzen. Die Zusammenarbeit mit anderen Gemeinden sei noch nicht besprochen worden. Dies sei aber zu thematisieren. Die Übermittlungsstation werde vor allem für Übungen der Feuerwehr gebraucht.

Astrid Basler (GL) dankt dem Stadtrat für seine Antwort, erklärt sich teilweise davon befriedigt und wünscht die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Astrid Basler (GL) fragt, was zu tun sei, damit nicht zu viele Schutzräume gebaut würden.

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, der Kanton sehe die Möglichkeit vor, dass der Bauherr keinen Zivilschutzraum bauen müsse. Liestal habe die Erlaubnis, Bauherren von dieser Pflicht zu befreien.

Somit ist die Interpellation erledigt.

50 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

**14. Postulat von Marie-Theres Beeler namens der Grünen Fraktion
betreffend Qualitätserhaltung in der Logopädie (Nr. 2004/25)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Postulat zum Qualitätserhalt in der Logopädie

Im Rahmen von Sparmassnahmen wurde in der Stadt Liestal eine temporäre Zusatzstelle im Bereich der Logopädie nicht verlängert. Durch die Einführung von Gruppenunterricht und kürzerer Therapiestunden will man erreichen, mit weniger Ressourcen die Angebotsqualität zu erhalten.

Die Logopädie ist ein wichtiges Förderangebot, das keine Qualitätseinbussen erleiden soll, zumal die Zahl der Kinder mit Problemen in ihrer sprachlichen Entwicklung keineswegs abnimmt. Vielfältige soziale Probleme werden mit logopädischer Unterstützung frühzeitig aufgefangen. Richtig sprechen zu können ist wesentlich, um gesellschaftlich integriert zu sein.

Wir fordern den Stadtrat auf

- eine Evaluation zu veranlassen, um in einem Jahr die Auswirkungen des veränderten Therapieangebotes benennen zu können. Überprüfbare Indikatoren sollen sowohl über den Erfolg der Therapien als auch über die organisatorischen Bedingungen des logopädischen Angebotes Aufschluss geben.
- dem Einwohnerrat über diese Evaluation zu berichten.

Marie-Theres Beeler
Grüne Fraktion
14. Dezember 2004

Stadtrat Lukas Ott antwortet, der Stadtrat sei bereit, das Postulat entgegenzunehmen. Die Evaluation wäre zwar auf jeden Fall erfolgt. Seit Mitte der 90er-Jahre gebe es zu wenig Stellenprozentage in der Logopädie und zu viele Kinder, die zu lange auf eine Therapie warten müssten. Vor einigen Jahren habe der Stadtrat dies mit befristeten Stellen zu korrigieren versucht. Die Situation habe sich stabilisiert. Statt 40 seien es jetzt noch 30 Kinder, die auf eine Therapie warteten. Befristete Stellen gebe es jetzt nicht mehr, deshalb seien neue Massnahmen nötig. Es bestehe die Absicht, Kinder in Gruppen zusammenzufassen. Die Evaluation werde zeigen, ob man auch so die therapeutische Zielsetzung erfülle. Der Stadtrat werde mit einer Vorlage darüber informieren, ob man mit den Massnahmen Erfolg habe.

Marie-Theres Beeler (GL) erläutert, ihr sei wichtig aufzuzeigen, was ein Abbau im Personalbereich für Konsequenzen habe und dass der Aspekt der Qualität von Bedeutung sei.

Vreni Wunderlin (FDP) äussert, eine solche Evaluation sei im neuen Schulprogramm abgedeckt. Es sei die Aufgabe der Schulleitung, die Evaluation durchzuführen und die Qualität zu sichern.

Andreas Zbinden (FDP) sagt, er sei überrascht. Die Fiko habe das Thema geprüft. Der Stadtrat habe der Fiko versichert, dass Gruppenarbeit ohne Qualitätsverlust möglich sei. Er frage sich, weshalb es diesen Vorstoss brauche. Er bitte den Rat, das Postulat nicht zu überweisen.

Orla Oeri-Devereux (SP) fügt hinzu, sie habe die Diskussion in der Fiko anders in Erinnerung. Es sei wichtig, auf seriöse Weise zu evaluieren, von einem objektiven Ort aus. Sie fra-

ge sich aber, ob es nach einem Jahr schon eine aussagekräftige Evaluation geben könne. Die SP unterstütze die Überweisung des Postulats.

Hanspeter Stoll (SP) legt dar, in der Fiko habe man sich sehr mit diesem Thema auseinandergesetzt. Der Stadtrat habe gesagt, die Qualität werde mit dem Geld, das zur Verfügung stehe, erhalten bleiben. Im Kanton Bern habe man gute Erfahrungen mit Gruppen gemacht. Wenn man die Qualität auf diese Weise nicht erhalten könne, müsse man dies mitteilen. Er bitte um Überweisung des Postulats.

Elisabeth Augstburger (SVP/CVP/EVP) gibt bekannt, die Mehrheit ihrer Fraktion sei nicht für die Überweisung des Postulats. In der Diskussion sei angeregt worden, das Geschäft der GPK zu überweisen.

Paul Finkbeiner (SVP/CVP/EVP) präzisiert, man habe überlegt, dass das Thema ein Auftrag für die GPK sein könne.

Bernhard Fröhlich (FDP) führt aus, er frage sich, ob man die Arbeit der Fiko ernst nehme. Die Fiko habe das Vorgehen des Stadtrats mehrmals hinterfragt, um sicher zu gehen, dass die Qualität nicht leiden werde. Es sei deutlich erklärt worden, dass dies nicht der Fall sein werde. Wenn der Rat das Postulat überweise, stelle er die Arbeit der Fiko in Frage. Er vertraue den Fachleuten, die ihre Aussagen gegenüber der Fiko gemacht hätten.

Philipp Senn (SP) sagt, vor einigen Jahren habe es den Begriff der Fördergruppen gegeben. Vielleicht wisse man von dorthin, wie die Erfolgsquoten seien.

Marie-Theres Beeler (GL) betont, ihr Vorstoss dürfe nicht als Angriff auf die Fiko verstanden werden. Sie habe nur darauf hinweisen wollen, dass man sich darauf eingelassen habe, Abstriche zu machen. Die Grüne Fraktion habe prüfen wollen, was daraus folge.

Stadtrat Lukas Ott erläutert, es gehe um einen sehr sensiblen Bereich, deshalb wolle die Stadt die Massnahmen begleiten. Dazu brauche es nicht unbedingt dieses Postulat. Im Logopädischen Dienst der Stadt Liestal gebe es im Übrigen kein Qualitätsproblem. Zur Frage von Philipp Senn: Bei den Fördergruppen gehe es um Legasthenie und Diskalkulie. Das sei wieder etwas anderes.

Stadtrat Hanspeter Rohrbach erklärt in Bezug auf die Fiko, der Bereichsleiter habe den Budgetvorschlag für die Logopädie gemacht. Er sei mit dem Betrag weder hinauf- noch heruntergegangen und habe die Fiko-Mitglieder darauf hingewiesen, dass dies wohl überlegt sei. In der Fiko habe niemand gesagt, man solle den Betrag für die Logopädie kürzen.

://: Die Überweisung des Postulats an den Stadtrat wird mit 12 Ja- gegen 16 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen abgelehnt.

51 G.2.2.3. Behörden: Einwohnerrat

15. Interpellation von Margrit Siegrist namens der SVP/CVP/EVP-Fraktion betreffend Abfallentsorgung durch Dritte (Nr. 2004/26)

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

Interpellation betreffend Abfallentsorgung durch Dritte

In den strategischen Schwerpunkten des Jahresprogramms 2004 hat sich die Stadt Liestal zum Ziel gesetzt, eine ausgeglichene Abfallrechnung und Schuldenabbau zu erreichen. Dies beinhaltet m. E. auch eine möglichst kostengünstige Abfallentsorgung durch Dritte.

Im Budget 2005 wird angekündigt, dass die Kosten für die Entsorgung infolge Treibstoff und LSWA ansteigen. M. E. sollten auch ökologischere Transportmöglichkeiten gesucht werden, z.B. Transport per Bahn, wie es die Automobilgesellschaft Sissach-Eptingen anbietet. Deren nächste Verladestation befindet sich am Bahnhof Lausen. In verschiedenen Gemeinden des mittleren Baselbiets muss eine 35-L-Sackgebühr von Fr. 2.60 entrichtet werden (Entsorger ist die Eptinger), in Lausen z.B. nur Fr. 2.30. Der Kantonsdurchschnitt beträgt Fr. 2.60 pro Sack. Damit liegt die Gebühr von Fr. 2.80, welche in Liestal erhoben wird, über dieser Grenze. Für die Bevölkerung ist eine möglichst günstige Gebühr anzustreben.

Ich bitte nun den Stadtrat um die Beantwortung folgender Fragen:

1. Welche Schritte unternimmt die Stadt, um die Kosten für die Entsorgung der Abfälle zu senken?
2. Ist die Stadt auch bereit, ein ökologisches Transportsystem per Bahn zu berücksichtigen?
3. Wie lange ist die Stadt noch vertraglich an das Unternehmen, welches zurzeit den Abfall entsorgt, gebunden?
4. Wann werden die Sackgebühren gesenkt?

Margrit Siegrist-Humbel
SVP/CVP/EVP-Fraktion
14. Dezember 2004

Stadträtin Marion Schafroth antwortet, 2005 wolle die Stadt die Voraussetzungen schaffen, damit die Abfallrechnung selbsttragend werde. Einem Transport per Bahn sei die Stadt nicht abgeneigt. Man werde dies prüfen. Zur dritten Frage: Zurzeit entsorge die Firma Saxer den Abfall. Wahrscheinlich werde die Stadt den Vertrag auf Ende Jahr künden und eine Ausschreibung machen. Zur letzten Frage: Die Sackgebühren würden, wenn überhaupt, frühestens 2006 gesenkt. Man werde auch die Einführung einer Grundgebühr diskutieren.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) dankt dem Stadtrat für seine Antwort und erklärt sich davon befriedigt. Trotzdem wünscht sie die Diskussion,

://: was auch bewilligt wird.

Margrit Siegrist (SVP/CVP/EVP) führt aus, in Presseberichten habe man lesen können, dass der Transport des Abfalls per Bahn günstiger und auch ökologisch sinnvoll sei. Das Abfallkonzept werde 2005 überarbeitet, dies stehe im Jahresprogramm. Die angekündigten Massnahmen könnten einen Beitrag dazu leisten, dass die Abfallrechnung selbsttragend werde.

Somit ist die Interpellation erledigt.

52 G.2.5.5. Orientierung und Information: Anfrage und Auskünfte

16. Fragestunde

1. Frage, Hans Brodbeck (FDP): Die Einführung der neuen Begegnungszone benötigt eine Angewöhnungsphase. Nach drei Monaten wird es aber Zeit für eine Standortbestimmung. Vielleicht sind auch zusätzlich Massnahmen und Verbesserungen nötig. Vor allem im Bereich Lüdin AG – Allee (bis zur Schwelle an der Seestrasse) und auf dem Abschnitt Amtshausgasse – Allee wird die Sicherheit der Fussgänger bemängelt. Fragen: Die Stadtpolizei verwendete in den letzten Jahren eine mobile Geschwindigkeits-Messeinrichtung mit einer Anzeigetafel, welche die gefahrene Geschwindigkeit anzeigte. Ist dieses Gerät noch vorhanden und könnte es an den kritischen Orten aufgestellt werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin bemerkt zunächst, Begegnungszonen müsse man eigentlich auch im optischen Erscheinungsbild mit entsprechenden baulichen Massnahmen begleiten. Aus Kostengründen sei in Liestal darauf verzichtet worden, was sich in der Umsetzung als erschwerend erwiesen habe. Deshalb würden ergänzend während ein paar Monaten Banden über den Eingängen in die Begegnungszone gehängt, die auf die neue Zone hinweisen würden. Zudem würden von der Stadtpolizei weiterhin Informationsflyer abgegeben. Zu den Fragen: Dieses Gerät sei nicht im Besitz der Stadt und müsse jeweils zugemietet werden. Es werde punktuell aufgestellt, dürfe aber wegen der Gefahr von Vandalenakten nicht unbeaufsichtigt bleiben. Es beanspruche damit Personalressourcen, die hierfür nicht zu häufig zur Verfügung stehen könnten.

Zusatzfrage Hans Brodbeck (FDP): Bisher wurde offenbar noch nicht gebüsst. Wann wird diese Phase beendet?

Stadtpräsidentin Regula Gysin antwortet, das budgetierte Fahrzeug und die Aufrüstung des Radargeräts seien bestellt. Sobald dieses einsatzbereit sei, werde gebüsst. Ab wann das genau sein werde, sei ihr derzeit nicht bekannt. Mit der aktuellen Ausrüstung könne die Stadtpolizei die Geschwindigkeiten nicht messen, ohne sich selber verkehrswidrig zu verhalten.

2. Frage, Philippe Senn (SP): Als Zaungast des Fasnachtsumzugs 2004 (Sonntagnachmittag) ist mir aufgefallen, dass entlang der Anmarschwege Bahnhof-Stedtli im Raum Gerichtsgebäude und Allee an verschiedenen Verkaufsständen Ess- und Trinkwaren angeboten wurden. Von diesem Angebot durfte ich, bei kalter Bise, in erfreulicher Weise mit einem Glühwein Gebrauch machen. Als weniger erfreulich empfand ich die teilweise laute und mit der Fasnachtkultur, nach meinem Verständnis, wenig zu tun habende Musik. Ist diese Entwicklung im Umfeld des Liestaler Fasnachtsumzuges erwünscht? Mit welchen Mitteln könnte diese Entwicklung in die gewünschte Richtung gelenkt werden?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erklärt, bei der Stadt Liestal seien bis anhin keine Reklamationen wegen der Musik bei Verkaufsständen eingegangen. Die Entwicklung werde nicht begrüsst, da Musik aus der Kombüse wenig mit Fasnacht zu tun habe. Eine Möglichkeit, dem Einhalt zu gebieten, sei, die Erteilung des Gelegenheitswirtschaftspatentes mit der Auflage zu verbinden, keine Musik abzuspielen. Dies werde von der Verwaltung noch näher geprüft.

3. Frage, Philipp Senn (SP): Seit Mitte Dezember gilt der neue Fahrplan. Liestal hat erfreulicherweise eine Anbindung ans Bahnnetz mit gesteigerter Frequenz Richtung Basel und Olten erhalten. Liegen dem Stadtrat bereits Kenntnisse vor, ob sich dadurch die Beiträge der Stadt für den öffentlichen Verkehr verändern und falls ja, in welcher Grössenordnung?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Beiträge der Gemeinden an den ÖV würden vom Kanton nach einem bestimmten Schlüssel ermittelt und in Rechnung gestellt. Weil die Umstellung des Fahrplans seit Jahren vorbereitet worden sei, seien die Auswirkungen auf den Kostenverteiler auch seit längerem bekannt. Für die Stadt Liestal würden sich Mehrkosten ab 2005 von rund CHF 120'000.- ergeben. Diese seien im Budget 2005 enthalten.

4. Frage, Andreas Zbinden (FDP): Die Durchgangsstrasse Nuglar-Liestal ist offiziell durch ein Fahrverbot gesperrt. Mir fällt jedoch auf, dass die Strasse immer noch rege für den Durchgangsverkehr benutzt wird. Auch ist gemäss meiner persönlichen Ansicht die Signalisation des Fahrverbotes ziemlich unscheinbar ausgefallen. Fragen: Wer hat Sonderbewilligungen und darf die Durchgangsstrasse benutzen? Was gedenkt die Stadt zu tun, damit das Fahrverbot eingehalten wird?

Stadtpräsidentin Regula Gysin erläutert, das Fahrverbot sei Mitte Dezember 2004 aufgestellt worden. Die Grösse der Tafel sei vorgegeben, dies könne man nicht ändern. Der Verwaltung sei bekannt, dass das Verbot teilweise nicht beachtet werde. Bis heute sei die Einhaltung dreimal kontrolliert worden, und man habe drei fehlbare Personen angehalten. Vorerst seien diese informiert und verwarnt worden. Die Kontrollen hätten ergeben, dass dem Fahrverbot gute Beachtung geschenkt werde. Die Fehlbaren seien alle von Nuglar in Richtung Liestal gefahren. Sonderbewilligungen zur Durchfahrt würden lediglich an Schützen erteilt, die die Schiesssportanlage regelmässig aus Richtung Schwarzbubenland anfahren würden. Dies, um das Sicherternquartier nicht mit unnötigem Zusatzverkehr zu belasten. Künftig werde es drei neue Signaltafeln geben, die klar signalisieren würden, dass die Durchfahrt gesperrt sei. Sie würden so aufgestellt, dass die Autofahrer gar nicht ins Quartier hineinfahren würden.

5. Frage, Erika Eichenberger (GL): Die SBB planen den Einsatz engagierter Einwohnerinnen und Einwohner als Bahnhofspaten zur Förderung der sozialen Kontrolle an Bahnhöfen der SBB. Ich bitte den Stadtrat um Beantwortung der folgenden Fragen: 1. Plant der Stadtrat tatsächlich, die Trägerschaft für dieses Projekt in Liestal zu übernehmen? 2. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit den professionellen Streetworkern?

Stadtpräsidentin Regula Gysin sagt zur ersten Frage, das Projekt Bahnhofspatenschaften sei ein Projekt der SBB im Rahmen ihres Konzeptes „RailFair“, das zum Ziel habe, die Sicherheit der Benutzerinnen und Benutzer der Bahn zu gewährleisten. Die SBB seien bei der Projektdurchführung auf lokale Partner angewiesen. Diese hätten die Aufgabe, ihre Kenntnisse über die lokalen Bedingungen einfließen zu lassen und Personen zu suchen, die für das Projekt geeignet seien. Bahnhofspaten seien nicht für Gewalt, sondern für Ordnung am Bahnhof zuständig. Zur zweiten Frage: Die beiden Projekte würden sich ergänzen. Die Bahnhofspaten würden sich um das Bahnhofareal kümmern und eine Hausherrenfunktion ausüben. Die Streetworker würden sich um junge Menschen und deren Anliegen kümmern.

6. Frage, Astrid Basler (GL): Der Kanton Baselland hat eine Liste von Schulhäusern und Kindergärten in Gemeinden erstellt, welche mit asbesthaltigem Material und Weichmachern PCB (polychloriertes Biphenylen) belastet sind. Erhält die Gemeinde Liestal vom Kanton Einblick in diese Liste? Und wenn ja, kann der Gemeinderat dem Einwohnerrat Auskunft geben? Stehen in Liestal auch belastete Gebäude und können diese genannt werden?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, das Stadtbauamt habe bereits im Jahr 2001 in allen gefährdeten Gebäuden Untersuchungen angeordnet. Der Bericht sage klar, dass die Stadt Liestal keine „Problemliegenschaften“ habe. Ob es eine Belastung mit PCB gebe, werde je nach Gebäudegeschichte abgeklärt. Die Schulhäuser Frenkenbündten und Fraumatt sowie die Kindergärten Fraumatt und Weiermatt seien überprüft worden. Die Resultate seien negativ gewesen. Das Schulhaus Gestadeck sei im Januar 2005 bei der EMP in Dübendorf über-

prüft worden. Auch hier sei der Befund in Bezug auf Asbest negativ. Die genannte Liste werde beim Kanton angefordert.

7. Frage, Elisabeth Augstburger: Seit dem Fahrplanwechsel gibt es leider nicht nur positive Ergebnisse, besonders bei den Busverbindungen. Ein akutes Problem besteht beim sehr überfüllten 78er-Bus, mittags um 12 Uhr, Bahnhof Richtung Fraumatt. Um diese Zeit gibt es viele Schüler von den umliegenden Schulhäusern. Am Montag war der Bus so voll, dass der Chauffeur die Türe etwa zehn Minuten lang nicht schliessen konnte. Als der Bus endlich abfuhr, konnten bei den verschiedenen Haltestellen keine weiteren Personen mehr zusteigen. Leute, die aussteigen wollten, schafften es wegen der grossen Menge nicht und verpassten weitere Anschlüsse. Weiss der Stadtrat von dieser unbefriedigenden Situation? Ist die Sicherheit hier noch gewährleistet?

Stadtrat Ruedi Riesen antwortet, die Stadt sammle momentan die Rückmeldungen zu den neuen Fahrplänen und werde diejenigen, die den Regionalbusfahrplan betreffen, an der nächsten Sitzung der Regionalbuskommission einbringen. Der 78er-Bus sei um die Mittagszeit gut belegt, weil der Einsatzbus vom Schulhaus Frenken, der als Zubringer die Kinder zum Bahnhof bringe, ebenfalls gut belegt sei.

8. Frage, Beat Gränicher (SVP/CVP/EVP): Die Schalteröffnungszeiten sind für unsere Einwohner nicht mehr zeitgemäss (Pendler etc.). Welche Möglichkeiten bestehen, ohne zusätzlichen Personalaufwand kundenfreundlichere Öffnungszeiten schaffen?

Stadtrat Hanspeter Rohrbach sagt, die Argumente seien einleuchtend. In der Tat würden die Leute öfters anrennen. Auf der Verwaltung achte man aber darauf, dass man den Betroffenen möglichst trotzdem helfen könne. Man mache auch von der Möglichkeit Gebrauch, Termine ausserhalb der Öffnungszeiten abzumachen. Den zweiten Teil der Frage könne er heute noch nicht beantworten.

Schluss der Sitzung: 20.35 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Walter Gudenrath

Die Ratsschreiberin

Beate Kogon